

# Bauernbund Brandenburg

## Mühsames Ringen um Stärkung der Familienbetriebe

Bauernbund führt konstruktiven Dialog mit Landesregierung und Landesbauernverband



Vor dem Hof von Karsten Jennerjahn, von links nach rechts: Henrik Wendorff (LBV), Karsten Krüger (BBB), Sven Deter (LBV), Udo Folgart (LBV), Karsten Jennerjahn (BBB), Reinhard Jung (BBB), Birgit Korth (Ministerium), Wolfgang Scherfke (LBV), Dr. Harald Hoppe (Ministerium), Max Kirsten (BBB).

*Liebe Berufskollegen,*

*Bauernbund und Landesbauernverband haben bei einem Treffen auf meinem Hof am 15. April die Zusammenarbeit in einigen klar definierten Sachfragen vereinbart. In Anbetracht drängender Probleme wollten wir den Versuch wagen, bei wichtigen Themen, die alle Landwirte betreffen, eine gemeinsame Vorgehensweise zu finden. Zu einer grundsätzlichen Übereinkunft kamen wir darin, dass zusätzliche Bewirtschaftungsaufgaben aufgrund von FFH-Managementplänen sowie die weitere Ausbreitung von Wolf und Biber abgewehrt werden müssen. Leider nicht sehr konkret waren die Gesprächsergebnisse bezüglich Grundstücksverkehr und Höfeordnung, aber es zeichneten sich Kompromisslinien ab, die unsere bäuerlichen Familienbetriebe stärken würden. Begleitet wurde das Gespräch durch zwei leitende Mitarbeiter aus dem Ministerium, das den Dialog begrüßt und offensichtlich an einem Konsens der Agrarverbände im Land interessiert ist. Anfang Juni hat eine Unterredung der Verbandsspitzen mit Minister und Staatssekretärin stattgefunden, eine weitere wird in Kürze folgen.*

*Der Versuch kann auch scheitern. Wie unterschiedlich die Ziele nach wie vor sind, zeigte sich bereits zwei Wochen später in einer Live-Diskussion des Deutschlandfunks über „Ackerland als Spekulationsobjekt“, wo unser Geschäftsführer und der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes Krüskens nicht einmal annähernd einer Meinung waren. Andererseits geht es uns nicht um Bauernbund oder Bauernverband, sondern um Inhalte. Wenn wir in Brandenburg gemeinsam etwas erreichen können, werden wir die Chance nutzen. Am Ende zählt, was man vom Acker fährt – und da brauchen wir uns in der Berufspolitik wie für die Ernte 2015 keine Illusionen zu machen.*

*Euer Karsten Jennerjahn*

## **Hochwasserschutzrichtlinie: Anspruch auf vollständigen Ausgleich!**

### **Stellungnahme des Bauernbundes Brandenburg vom 18. Juni 2015**

Nach unserer Einschätzung werden landwirtschaftliche Belange besonders berührt durch die Sicherung und mögliche Erweiterung der bestehenden Polder Flöthgraben, Schafhorst, Twerl und Grabenniederung sowie durch die geplante Schaffung der neuen Polder Lenzer Wische, Karthane-niederung, Neuzeller Niederung und Ziltendorfer Niederung, außerdem durch kleine Deichrück-verlegungen im Bereich Borschütz und Zobersdorf. Grundsätzlich begrüßen wir, dass der Schwer-punkt in der Schaffung von Poldern liegt, die im Katastrophenfall zur Entlastung geflutet werden können, und nicht in Deichrückverlegungen, wodurch eine landwirtschaftliche Nutzung erheblich erschwert oder unmöglich gemacht würde. Hinsichtlich der bestehenden und neuen Polder halten wir es für notwendig, einheitliche und faire Regeln für die Entschädigung der betroffenen Land-wirte zu finden, um eine hohe Akzeptanz zu erreichen. Da es sich bei der Flutung eines Polders – im Gegensatz zu einem Deichbruch – nicht um eine Naturkatastrophe handelt, sondern um eine kalkuliert herbeigeführte Sachbeschädigung zum Zwecke des Hochwasserschutzes, entsteht damit für die betroffenen Landwirte ein Anspruch auf vollständigen Schadensausgleich.

Für bestehende und neue Polder gilt daher aus unserer Sicht:

- Die Ausweisung als Polder darf nicht zu Bewirtschaftungsauflagen führen. Landwirtschaft muss in dem bisherigen Umfang möglich sein. Keinesfalls darf die Umwandlung von Ackerland in Grünland dadurch veranlasst werden.
- Der Wertverlust der Flächen, der mit einer Ausweisung als Polder verbunden ist, muss den be-troffenen Eigentümern bei grundbuchlicher Sicherung mit einer Zahlung in Höhe von minde-stens einem Fünftel des Verkehrswertes ausgeglichen werden.
- Im Falle der Flutung müssen die betroffenen Landwirte in voller Höhe entschädigt werden, und zwar sowohl für die Ertragsverluste abzüglich ersparter Aufwendungen als auch für die Wieder-herstellung des Vorzustandes (z. B. Neuansaat von Grünland) sowie für erforderliche Bergungs-maßnahmen (z. B. Abtransport von Weidevieh). In die Regelung müssen auch alle Schäden ein-bezogen werden, die sich in angrenzenden Gebieten mittelbar aus der Flutung ergeben (z. B. durch den Rückstau in den Polder einlaufender Gewässer).
- Die Polderflächen müssen zum Zeitpunkt der Aussweisung und danach mindestens alle fünf Jahre auf alle relevanten Schadstoffe untersucht werden, deren Grenzwertüberschreitung zu Be-wirtschaftungseinschränkungen führen könnte. Die Untersuchungsergebnisse sind zu veröffent-lichen. Dies dient der Beweissicherung für den Fall, dass es aufgrund Flutung zu Grenzwert-überschreitungen kommt. Aus solchen Bewirtschaftungseinschränkungen resultierende Ertrags-verluste müssen ebenfalls – möglicherweise langfristig – entschädigt werden.

## **Wasserrahmenrichtlinie: Verzicht auf sinnlose zusätzliche Auflagen!**

### **Stellungnahme des Bauernbundes Brandenburg vom 18. Juni 2015**

Die in unserer Stellungnahme vom 9. Januar 2009 dargelegte begründete Kritik besteht unverän-dert fort, insofern verweisen wir zunächst auf diese Stellungnahme. Unsere damals vorgebrachten Vorschläge wurden durch das Ministerium bislang komplett ignoriert. Deshalb können wir uns nur wiederholen: Vor dem Hintergrund, dass mit der Braunkohleverstromung eine ganze Wirtschafts-branche mit gravierenden negativen Auswirkungen sowohl auf Wassermenge als auch auf Wasser-qualität von der Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie ausgenommen ist, erscheint uns jede Reglementierung der Landwirtschaft grundsätzlich unangemessen. Eine Gewässerbelastung durch die derzeit betriebene Landwirtschaft ist nicht nachvollziehbar – es sei denn durch Verstöße gegen bereits geltendes Umweltrecht. Diese müssten dann konsequent verfolgt werden, anstatt durch sinnlose zusätzliche Auflagen die nach guter fachlicher Praxis betriebene Landwirtschaft einzuschränken.

Bei unserer erneuten Befassung haben sich ergänzend oder vertiefend zur Stellungnahme vom 9. Januar 2009 folgende inhaltliche Aspekte ergeben:

- Die Gewässereinstufungen sind teilweise fehlerhaft. Am Beispiel des Oderbruchs haben wir feststellen müssen, dass Gewässer, die erkennbar erheblich verändert sind, flächendeckend der Kategorie „natürliche Gewässer“ zugeordnet wurden. Daraus ergeben sich Erschwernisse in der Gewässerunterhaltung, die fachlich nicht begründet sind und daher nicht hingenommen werden können.
- Die angenommenen Gewässerbelastungen sind unglaublich. Insbesondere die angebliche Belastung durch Nitrate aus der Landwirtschaft wird von uns entschieden zurückgewiesen. Einerseits ist nicht plausibel, den guten ökologischen Zustand mit einem Grenzwert zu definieren, der mehr als das Fünffache des Trinkwassergrenzwertes beträgt. Andererseits sind bei den sogenannten diffusen Einträgen, die bisher im wesentlichen der Landwirtschaft zugeordnet werden, naturschutzbedingte Belastungen, etwa durch Massenrastplätze von Wildvögeln oder die Wiedervernässung von Mooren, nicht berücksichtigt. Weiterhin halten wir nicht für sinnvoll, dass alle Gewässer dieselben Werte erreichen müssen. Unter den Lebensraumtypen in Brandenburg gibt es zahlreiche natürlich eutrophe Gewässer, die auch bereits mit erhöhten Nitratwerten einen guten ökologischen Zustand aufweisen.

Für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Brandenburg fordern wir hiermit erneut den Verzicht auf großflächige Vernässungen von Niederungsgebieten sowie auf Bewirtschaftungsaufgaben an Gewässerrändern. Statt dessen regen wir nochmals freiwillige Programme zur einseitigen Bepflanzung von Gewässern mit standorttypischen Gehölzen an. Diese hätten nicht nur positive Auswirkungen auf das Landschaftsbild, sondern würden auch das Mikroklima verbessern und die Krautbildung verringern. Für den Erfolg solcher Programme müsste inzwischen allerdings die explosionsartig gewachsene Biberpopulation wieder auf ein gesundes Maß reduziert werden.



*Über tausend Menschen mit rund 200 Traktoren, darunter viele Bauernbund-Mitglieder aus der Region, haben am 4. April in Letschin gegen die Naturschutzpolitik der Landesregierung demonstriert. Auf der Kundgebung sprach unser Mitglied Hans von der Marwitz, im RBB-Fernsehen kamen unsere Mitglieder Monika Wercham und Joachim Zickerick zu Wort. Initiiert hatte die Demonstration die Initiative Pro Oderbruch, allen voran der Golzower Bürgermeister Frank Schütz, der schon beim Widerstand gegen CCS an vorderster Front gestanden hatte.*

## **Bauernbund verlangt geordnete Wasserverhältnisse im Oderbruch**

**Pressemitteilung vom 4. April 2015**

Auf der heutigen Demonstration für den Erhalt der Kulturlandschaft Oderbruch in Letschin hat sich der Bauernbund Brandenburg erneut für eine Vertiefung der Alten Oder und die Jagd auf den Biber ausgesprochen. "Das Sonderprogramm Oderbruch reicht nicht aus, weil der entscheidende Unterlauf der Alten Oder noch fast gar nicht angefasst wurde", so Bauernbund-Vorstand Lutz Wercham, Landwirt aus Wilhelmsaue im Oderbruch: "Und alle bislang erreichten Verbesserungen werden zunichte gemacht durch Naturschutzplanungen, Gewässerentwicklungskonzepte sowie die massenhaften Zerstörungen des Bibers." Angesichts des chaotischen Vorgehens der Ämter sei es höchste Zeit für ein Machtwort des Ministers, sagte Wercham: "Wir brauchen einen klaren Vorrang für geordnete Wasserverhältnisse, erst dann können wir wieder vernünftig über Naturschutz reden."

## **Bauernbund zur Biberverordnung: Nächster Schritt muss Anpassung des Schutzstatus sein**

**Pressemitteilung vom 1. Mai 2015**

Der Bauernbund Brandenburg hat die von Agrarminister Jörg Vogelsänger gestern in Kraft gesetzte Biberverordnung als "Schritt in die richtige Richtung, aber vermutlich wirkungslos" bezeichnet. "Ja, es ist ein gutes Signal, dass die unsinnigerweise immer noch unter Schutz stehenden Tiere wieder getötet werden dürfen", sagte Bauernbund-Vorstand Lutz Wercham, Ackerbauer aus Wilhelmsaue im Oderbruch. Dass mit den europäischen Vogelschutzgebieten fast ein Viertel der Landesfläche und gerade die von Biberschäden besonders betroffenen Regionen ausgenommen sind, mache die Verordnung jedoch zu einem "harmlosen Stück Papier". Auch sei es eine Zumutung, dass der geschädigte Landwirt erst in einem mühsamen Verfahren die Notwendigkeit der Tötung nachweisen müsse, bemängelte Wercham.

Der Bauernbund unterstützt daher den von der CDU in den Landtag eingebrachten und inzwischen von Parlamentariern mehrerer Fraktionen aufgegriffenen Antrag, die Biberplage nach Brüssel zu melden, um eine Anpassung des Schutzstatus zu erreichen. Wercham: "Erst wenn wir den Biber durchgängig an Entwässerungsgräben jagen dürfen, besteht eine Chance, das natürliche Gleichgewicht wieder herzustellen."

*Dem Vernehmen nach gibt es in der SPD-Fraktion inzwischen mehrheitlich Sympathien für den Antrag, den Schutzstatus des Bibers anzupassen, so dass er wieder ins Jagdrecht aufgenommen werden kann. In einem Schreiben an die Linksfraktion haben wir zusammen mit Landesbauernverband, Grundbesitzerverband, Waldbesitzerverband, Landesjagdverband und Landesfischereiverband die Linksfraktion aufgefordert, ihre zögernde Haltung aufzugeben. Die Veröffentlichung der Biberverordnung brachte erneut Medieninteresse: Neben kurzen Berichten in allen großen märkischen Tageszeitungen konnte unser Mitglied Reiner Matthes im ZDF-Ländermagazin mit einem Bericht über Biberschäden in Feld und Flur punkten. Nächster wichtiger Termin ist eine von allen Fraktionen im Agrarausschuss beschlossene Expertenanhörung zum Biber am 6. Juli, bei der auch ein für Artenschutz zuständiger Vertreter der Europäischen Kommission zugegen sein wird. Wir werden auf dieser Anhörung wieder klar Stellung beziehen.*

## **Bauernbund appelliert an Minister Schmidt, Gentechnik deutschlandweit zu verbieten**

**Pressemitteilung vom 18. März 2015**

Im Vorfeld der heute in Bad Homburg beginnenden Agrarministerkonferenz hat der Bauernbund Brandenburg an Landwirtschaftsminister Christian Schmidt appelliert, das von der Europäischen Union ermöglichte Gentechnik-Verbot auf nationaler Ebene auszusprechen anstatt dieses in die Hoheit der Bundesländer zu übertragen. "Es ist für mich ein Rätsel, warum ausgerechnet ein CSU-Minister jetzt nicht den Schneid hat, Deutschlands Bauern wirksam vor der wirtschaftlichen Monopolstellung der Gentechnik-Konzerne zu schützen", sagte Bauernbund-Vorstand Marcus Schilka, Landwirt aus Guhrow im Spreewald: "Gerade angesichts der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA erwarten wir vom Minister ein Bekenntnis zu einer starken und unabhängigen deutschen Landwirtschaft."

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, lehnt die Gentechnik ab, weil er keine ackerbaulichen Vorteile sieht und durch die Anwendung des Patentrechts eine totale Abhängigkeit der Landwirte von den Herstellern befürchtet. Schilka: "Im Kampf gegen die Gentechnik verteidigen wir unser Eigentum an Nutzpflanzen und Nutztieren."

## Bauernbund fordert faire Lieferverträge für den Milchmarkt

Pressemitteilung vom 23. März 2015

Anlässlich des Auslaufens der Milchquotenregelung zum 31. März hat der Bauernbund Brandenburg die Politik aufgefordert, die Marktposition der Milcherzeuger zu stärken. "Es muss endlich Schluss sein mit den von der Molkereiwirtschaft nach wie vor praktizierten Knebelverträgen, die den Bauern zur Milchablieferung verpflichten ohne einen festen Abnahmepreis zu garantieren", sagte Bauernbund-Vorstand Jens Gerloff. In keiner anderen Branche würde man so unanständig mit Vertragspartnern umgehen, kritisierte der 50jährige Landwirt aus Teetz in der Prignitz: "Lieferverträge ohne Preis sind sittenwidrig und gehören per Gesetz verboten."

Die Frage, ob die Milchquote über Mengensteuerung die Einkommen der Milcherzeuger hätte stabilisieren können, bezeichnete Gerloff als theoretisch: "In den letzten zwanzig Jahren wurde sie nie in dieser Weise angewandt." Jetzt gelte es, den Blick nach vorn zu richten und faire Lieferverträge durchzusetzen. Aus ökonomischer Sicht seien die in der Regel ausreichend mit Flächen ausgestatteten Milchviehbetriebe in Brandenburg ohnedies für einen künftig schärferen Wettbewerb gut aufgestellt, betonte Gerloff.

## Bauernbund gegen Gewerkschaft: Braunkohle darf Energiewende nicht blockieren

Pressemitteilung vom 29. März 2015

Der Bauernbund Brandenburg hat der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie (IGBCE) vorgeworfen, sich jeder konstruktiven Diskussion über die Zukunft der Lausitz zu verweigern und die Vattenfall-Beschäftigten für die Interessen der Konzernspitze zu instrumentalisieren. "Die Gabriel-Pläne sind nichts anderes als die Umsetzung der 2011 vom Bundestag fast einstimmig beschlossenen und bislang überaus erfolgreichen Energiewende", sagte Bauernbund-Vorstand Marcus Schilka. Jetzt zu verlangen, dass die bereits durch Verzicht auf Förderrechte und Wasserabgaben hoch subventionierte Braunkohle überhaupt nicht für ihre gigantischen Umweltzerstörungen zahlen soll, sei weltfremd, so der 32jährige Landwirt aus Guhrow im Spreewald: "Von ihrer Gewerkschaft aufgehetzt demonstrieren diese so genannten Lausitzer Kumpel dafür, dass andere Lausitzer von Haus und Hof vertrieben werden, dass noch mehr Dörfer, Äcker und Wälder unserer Heimat im Abgrund verschwinden – was bilden die sich eigentlich ein, wer sie sind?"

Schilka forderte die Gewerkschaft auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und in einen Dialog über den notwendigen Strukturwandel zu treten. Nach dem schrittweisen Auslaufen der Braunkohleverstromung biete die Rekultivierung noch Arbeit für Jahrzehnte, außerdem fehlen nicht wie anderenorts Fachkräfte in den technischen Berufen: "Die Lausitz hat die Chance, sich von einer trostlosen Monostruktur zu einer blühenden Wirtschaftsregion zu entwickeln."

*Auch an anderer Stelle konnten wir unsere braunkohlekritische Haltung darstellen. In einem ganzseitigen Interview „Landwirtschaft ist eine Zukunftsbranche“ in der Lausitzer*



*Rundschau schlug Geschäftsführer Reinhard Jung auf die Frage nach den Gründen für unsere Ablehnung neuer Tagebaue in dieselbe Kerbe: „Vattenfall vernichtet land- und forstwirtschaftliche Böden in Größenordnungen, zurück bleiben unfruchtbare Kippen. Auf diesen Flächen können Sie für unabsehbare Zeit kein Geld mehr verdienen. Innerhalb von nicht einmal einem Jahrhundert hat die Braunkohle rund ein Viertel unserer Produktionsfläche gefressen, eine reiche Kulturlandschaft in den Abgrund gerissen. Wer so immer weitermachen will, ist krank. (...) Das einzige nachvollziehbare Argument sind doch die Arbeitsplätze – aber dafür darf man keine Menschen enteignen. Mich widert es an, wenn ich diese Lausitzer Kumpel sehe, die mit Trillerpfeifen durch die Straßen ziehen und fordern, ihre Nachbarn von Haus und Hof zu verjagen, damit sie in dreißig Jahren noch dieselbe Arbeit haben wie heute. Welcher normale Mensch kann schon von sich behaupten, dass sein Arbeitsplatz so lange sicher ist?“*

## **Bauern widersprechen: Windräder gehören auch in den Forst**

**Pressemitteilung vom 11. Mai 2015**

Der Bauernbund Brandenburg hat der Forderung des Landesjagdverbandes widersprochen, Windräder im Forst auszuschließen. "Im Gegenteil, zusätzliche Windparks sollten bevorzugt in den großen Kiefernforsten gebaut werden", sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn. Zum einen seien diese meist weit genug von Ortschaften entfernt und durch die Bäume werde die optische Wirkung der Windräder gebrochen. Zum anderen sei der Boden im Kiefernforst nicht so fruchtbar wie Ackerland und im Gegensatz zur Landwirtschaft würden neue Wege zu den Anlagen die Forstwirtschaft nicht erschweren. "Auch für die Tier- und Pflanzenwelt können durch Windräder entstehende Lichtungen eine willkommene Abwechslung in der Monokultur sein", argumentiert Jennerjahn.

Die Diskussion über Windpark-Standorte und Repowering würde sehr emotional geführt, bemängelt der Bauernbund. Oft würden dabei die Interessen von Landwirten und Grundeigentümern anderen Interessen untergeordnet. Jennerjahn: "Wenn wir Wildwuchs vermeiden wollen, müssen wir sachlich über alle Standorte reden dürfen."